

# SPD will Einheitshonorar und Bedarfsplan aus einem Guss

Gezielte Förderung der Hausärzte / Krankenhausfinanzierung mit Hilfe aus dem Bundesetat

Im Entwurf für ein Regierungsprogramm hat der SPD-Parteivorstand auch eine Zielbeschreibung für die Gesundheitspolitik vorgelegt – ambitioniert, aber noch sehr vage.

Von Anno Fricke



SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz am Mittwoch vor der Presse im Willy-Brandt-Haus der SPD. © Kay Nietfeld/ dpa

Gesundheitssystem. Neues findet sich in dem Passus nicht. Offenbar will die SPD voll auf die E-Card und die Telematikinfrastruktur der gematik setzen. Unter dem Eindruck der WannaCry-Cyber-Attacke auf britische Krankenhäuser versprechen die SPD-Strategen ein „beispielloses Schutzniveau“ sensibler Daten im Gesundheitssystem.

## Steuermodelle

- **Der Entwurf** der Bundes-SPD zur Steuerpolitik bleibt vage und kündigt Entlastungen für kleine und mittlere Einkommen an.
- **Sehr konkret** ist ein Konzept aus dem SPD-geführten Niedersachsen mit einem neuen geglätteten Progressionstarif. Der Soli wird abgeschafft, hohe Einkommen werden moderat zusätzlich belastet.

**BERLIN.** Die SPD bleibt bei der Forderung nach Einführung der Bürgerversicherung, setzt aber neue Akzente. Im Vergleich zum Hamburger Grundsatzprogramm von 2007, in dem noch eine solidarische Bürgerversicherung gefordert wird, ist in einem vom Parteivorstand am Montag beratenen Entwurf eines Regierungsprogramms von der „paritätischen Bürgerversicherung“ als Ziel die Rede. Der Entwurf soll in der kommenden Woche als Leitantrag für den Bundesparteitag am 25. Juni beschlossen werden. Mit der Bürgerversicherung soll unter anderem der Zusatzbeitrag der gesetzlich Versicherten abgeschafft werden.

Für Beamte soll in der Bürgerversicherung ein beihilfefähiger Tarif geschaffen werden. Öffentliche Arbeitgeber sollen dann wählen können, ob sie für gesetzlich versicherte Beamte einen Arbeitgeberbeitrag bezahlen, oder wie bisher über die Beihilfe einen Teil der Behandlungskosten selbst übernehmen. Bisher Privatversicherte sollen ein Wechselrecht in die GKV erhalten.

Einmal in der Regierungsverantwortung, will die SPD die Unterschiede zwischen GOÄ und EBM einebnen. „Mit der Bürgerversicherung schaffen wir eine einheitliche Honorarordnung für Ärztinnen und Ärzte“, heißt es in dem 67-seitigen Papier, das der „Ärzte Zeitung“ vorliegt. Eine Bevorzugung von Privatpatienten soll so beendet werden. Mit einer „integrierten Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung“ einschließlich Prävention, Reha und Pflege marschiert die SPD stramm auf eine Zusammenführung der Sozialgesetzbücher zu. Als einzige Arztgruppe werden in dem Papier die Hausärzte aufgeführt, von denen es mehr geben sollte, weil sie die ersten Anlaufstellen im Krankheitsfall seien.

Mit einem „Sofortprogramm für die Altenpflege“ will die SPD kurzfristig Entlastung auf dem angespannten Arbeitsmarkt schaffen. Dazu soll das Pflegeberufgesetz, nicht „Pflegeberufsgesetz“, wie es in der Diktion der großen Koalition heißt, einen wesentlichen Beitrag leisten. Gesundheitsberufe sollen wie Erziehungs-, Sozial- und Bildungsberufe durch aktive Beschäftigungspolitik gestärkt werden.

Das Programm spricht kurz auch die Finanzierung der Krankenhäuser an. „Die Finanzierungslücke ist groß und kann von den Ländern alleine nicht mehr geschlossen werden“, heißt es da. Der Bund soll es also richten.

Neu im Kanon der SPD-Maßnahmen ist die Bildung eines Patientenentschädigungsfonds als Stiftung des Bundes. Er soll Patienten bei Behandlungsfehlern unterstützen, wenn haftungsrechtliche Systeme nicht greifen.

Den Ausbau telemedizinischer Anwendungen bezeichnen die Autoren des Programmentwurfs als „immens wichtig“ für das Gesundheitssystem. Unter dem Eindruck der WannaCry-Cyber-Attacke auf britische Krankenhäuser versprechen die SPD-Strategen ein „beispielloses Schutzniveau“ sensibler Daten im Gesundheitssystem.